

## Umsetzung der Kinderrechtskonvention – Tabellarische Übersicht der für die Stadt St.Gallen relevanten Massnahmen

| N°   | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen  |
|--|--|---|---|
| <b>Allgemeine Umsetzungsmassnahmen (Art. 4, 42 und 44 Abs. 6 der Konvention)</b> |  |   |   |
| <b>Harmonisierung der Gesetzgebung mit der Kinderrechtskonvention</b>            |  |   |   |
| 9  | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Bemühungen, die Bundes- und Kantonsgesetze mit der Konvention in Einklang zu bringen, fortzusetzen und zu verstärken.   | Eine weitergehende Harmonisierung der Reglemente der Stadt St.Gallen mit der Konvention wurde bisher nicht eingeleitet.   | <p>Beurteilung der Verankerung der Kinderrechte im Gemeinderecht vgl. Kapitel 5 «Mögliche Umsetzung der vier Grundprinzipien in der Stadt St.Gallen».</p> <p>Der Stadtrat sieht keinen Anlass, die Gemeindeordnung anzupassen. Die Kinderrechte sind auf diversen Ebenen klar definiert. Ihnen soll insbesondere in der Praxis mehr Beachtung geschenkt werden.</p> <p>Punktuelle Anpassungen des Gemeinderechts der Stadt St.Gallen ist dann zu prüfen, wenn die entsprechenden Reglemente ohnehin revidiert werden.</p> |
| <b>Ressourcenverteilung - Kinderspezifische Haushaltplanung</b>                  |  |   |   |
| 15.1   | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, einen Budgetprozess einzuführen, welcher die Bedürfnisse von Kindern auf Bundes- und Kantonsebene angemessen berücksichtigt, kinderbezogene Ausgaben in den betroffenen Bereichen und Behörden bestimmen lässt und spezifische Indikatoren sowie ein Überwachungssystem vorsieht. | Die Beteiligung der Bevölkerung ist im Rahmen der Instrumente «Fakultatives Referendum» und «Obligatorisches Referendum» möglich. Die direkten Einflussmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohnern auf die Haushaltplanung sind gering, für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sind gar keine vorhanden. | Umsetzung des Partizipationsreglements als ein wichtiger Schritt hin zum Einbezug der Bevölkerung (inkl. Kinder und Jugendliche) in die Arbeit der Stadt. Dadurch kann eine indirekte Einflussnahme auf die Ausgaben der Stadt sichergestellt werden.   |
| 15.2   | Zusätzlich empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, zu evaluieren, ob die Ressourcen, welche für die Umsetzung der Konvention gesprochen wurden, wirksam, angemessen und gerecht verteilt sind.  | Eine grundsätzliche Beurteilung bzw. Überprüfung, ob sich die städtische Haushaltsallokation am Bedarf von Kindern und Jugendlichen oder an kinderrechtlichen Prinzipien orientiert, hat bisher nicht stattgefunden.  | Eine bedarfsorientierte Haushaltsallokation wird im Rahmen der Umsetzung des Legislaturziels «kinderfreundliche und familienfreundliche Stadt» untersucht.  |

| N°  | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen   |
|---|--|---|--|
| <b>Bekanntmachung, Sensibilisierung und Schulung</b>              |  |   |  |
| 21 (a)  | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die Sensibilisierungsarbeiten zu verstärken, unter anderem durch die Förderung einer kindgerechten Bekanntmachung der Konvention durch die Medien und durch die aktive Beteiligung der Kinder an der Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Massnahmen zur Sensibilisierung der Eltern.  | <p>Sensibilisierungs- und Informationsarbeiten erfolgen im Rahmen der Tätigkeit der entsprechenden Dienst- und Fachstellen im Alltag mit Kindern, Jugendlichen und Eltern.</p> <p>Das Bewusstsein über die Bedeutung der Kinderrechte ist in den einzelnen Fach- bzw. Dienststellen und Organisationen vorhanden.</p> <p>Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf kantonaler Ebene findet statt (vgl. <a href="#">Kinderrechte</a>).</p>  | Informations- und Sensibilisierungsarbeit anlässlich des Tages der Rechte der Kinder und Prüfung einer Plakatkampagne. |
| 21 (b)  | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, systematische und kontinuierliche Schulungsprogramme zu den Kinderrechten für Berufsgruppen zu entwickeln, die mit und für Kinder arbeiten; beispielsweise für Richterinnen und Richter, Anwältinnen und Anwälte, Justizvollzugsbeamtinnen und Justizvollzugsbeamte, Zivilbeamtinnen und Zivilbeamte, Lehrkräfte, Gesundheitspersonal, inklusive Psychologinnen und Psychologen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. | <p>Regelmässig werden die Kinderrechte im Rahmen von (internen) Weiterbildungen einzelner Dienst- und Fachstellen thematisiert.</p> <p>Auf kantonaler Ebene steht die Verankerung der Kinderrechte in bestehende Ausbildungsgänge im Fokus.</p>   |  |
| <b>Allgemeine Grundsätze (Art. 2, 3, 6 und 12 der Konvention)</b> |  |   |  |
| <b>Nichtdiskriminierung</b>                                       |  |   |  |
| 25 (i)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Kindern in Situationen, die sich ausgrenzend und benachteiligend auf sie auswirken, zu intensivieren. Dies gilt insbesondere für Migranten-, Flüchtlings- und asylsuchende Kindern, für Kinder mit Behinderungen, für Sans-Papier-Kinder sowie LGBTI-Kindern.   | <p>Förderung einer Kultur von Toleranz und Respekt als permanente Aufgabe. Dabei hat die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion. Im Bericht werden beispielhaft folgende Massnahmen dargelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitgliedschaft bei der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus;</li> <li>• Eine Sensibilisierung findet verwaltungsintern als auch bei den dienstleistungserbringenden Organisationen statt;</li> <li>• Integration von Kindern in die bestehenden Angebote der Stadt St.Gallen findet statt.</li> </ul> |  |
| 25 (ii)   | Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss der Schweiz, ihre Förderung einer Kultur von Toleranz und gegenseitigem Respekt zu intensivieren.   |   |  |

| N°                                       | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen  | Massnahmen  |
|--|--|--|---|
| <b>Wohl des Kindes («best interest»)</b> |  |  |   |
| 27 (i)                                   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz sicherzustellen, dass das Recht auf vorrangige Beachtung des Kindeswohls entsprechend verankert und in allen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und -entscheiden sowie in Politik, Programmen und Projekten, die auf Kinder ausgerichtet sind oder Auswirkungen auf Kinder haben, konsequent angewendet wird.  | Die Interessen des Kindes sind für alle Dienst- bzw. Fachstellen sowie Organisationen mit Leistungsauftrag der Stadt, welche im direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, ein zentraler Aspekt ihrer Arbeit.<br><br>In anderen Bereichen, deren Mitarbeitende nicht in direktem Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, wird das Interesse der Kinder ebenfalls berücksichtigt (Partizipationsprozesse).  | Weitere Entwicklungsschritte sind im Rahmen der Umsetzung des Partizipationsreglements der Stadt St.Gallen zu erwarten (Partizipation von Kindern und Jugendlichen als besondere Anspruchsgruppen).   |
| 27 (ii)                                  | Die Schweiz wird deshalb ermutigt, Verfahren und Kriterien zu definieren, an welchen sich die zuständigen Behörden bei der Bestimmung des «best interest» des Kindes in allen Bereichen orientieren können, um ihm das gewünschte Gewicht beimessen und um es vorrangig berücksichtigen zu können.<br><br>Diese Verfahren und Kriterien sollten bei Gerichten, Verwaltungsbehörden und Gesetzgebungsorganen, bei öffentlichen und privaten Sozialeinrichtungen sowie bei der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.                  |  |   |
| <b>Achtung der Meinung des Kindes</b>    |  |  |   |
| 29 (a)                                   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, ihre Bemühungen zu intensivieren, damit das Recht des Kindes auf Anhörung in allen das Kind betreffenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren Anwendung findet und der Meinung des Kindes genügend Rechnung getragen wird.  | Der Einbezug bzw. die Anhörung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der einzelnen Verfahren (Kindesschutzverfahren, Strafverfahren, Verfahren in der Gesundheitsförderung und im Bildungssektor) findet heute statt.  | Arbeitsprozesse werden überarbeitet, um eine einheitliche Handhabung sicherzustellen.<br><br>Diskussion über die Regelung der Finanzierung von Kindesvertretungen werden auf kantonaler Ebene geführt.  |
| 29 (b)                                   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz weiter, ihre Bemühungen zu intensivieren, damit Kindern das Recht zugestanden wird, ihre Meinung zu allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äussern. Ausserdem ist ihren Meinungen in der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen, in der Familie sowie auch in der politischen Planung und Entscheidungsfindung angemessen Rechnung zu tragen. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei Kindern in Situationen, die sich ausgrenzend und benachteiligend auf sie auswirken, beigemessen werden. | Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird in den verschiedenen städtischen Angeboten für diese Zielgruppe (Schule, Tagesbetreuung, Offene Arbeit mit Kindern, Offene Jugendarbeit, Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz) und den entsprechenden Angeboten der privaten und öffentlich-rechtlichen Institutionen mit Leistungsvereinbarung gelebt und umgesetzt.<br><br>Anliegen und Fragen von Kindern an die Verwaltung können bei der «Anlaufstelle für Kinder» (Dienststelle Gesellschaftsfragen) eingereicht werden. Eine Beantwortung der | Eine Weiterentwicklung ist mit der Umsetzung des Partizipationsreglements zu erwarten. Ziel ist, die Entstehung einer Partizipationskultur in der Verwaltung zu fördern und den Anliegen besonderer Anspruchsgruppen Rechnung zu tragen. Dafür sind die notwendigen Massnahmen und Konzepte zu erarbeiten.<br><br>Ebenfalls wird von den beiden Dienststellen Kinder Jugend Familie und Gesellschaftsfragen zur Umsetzung |

| N°   | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen   |
|--|--|---|--|
|  |  | Anliegen erfolgt in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Dienst- und Fachstellen.  | der Kinderpartizipation ein spezifisches Konzept ausgearbeitet.  |
| 29 (c)   | Es ist sicherzustellen, dass Berufsgruppen aus dem Rechtsbereich, dem Bereich der sozialen Sicherheit und weiteren Bereichen, die sich mit Kindern befassen, systematisch zu wirksamen Partizipationsmöglichkeiten von Kindern geschult werden.  |   |  |
| Bürgerliche Rechte und Freiheiten (Art. 7, 8 und 13-17 der Konvention)             |  |   |  |
| Geburtenregistrierung  |  |   |  |
| 31 (i)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz zu gewährleisten, dass die Geburt eines Kindes so früh wie möglich registriert werden kann, unabhängig vom Rechtsstatus und/oder von der Herkunft der Eltern.  | Jedes Kind, welches in der Schweiz zur Welt kommt, wird registriert. Das regionale Zivilstandsamt St.Gallen definiert eine Verfahrensdauer von ca. drei bis vier Monaten.   |  |
| Zugang zu angemessener Information - Digitale Medien                               |  |   |  |
| 37 (c)   | Der Vertragsstaat wird dazu angehalten, die Informations- und Schulungsprogramme zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit im Allgemeinen sowie von Eltern und Kindern im Besonderen zu verstärken und sie auf die Chancen und Gefahren bei der Nutzung digitaler Medien und der IKT aufmerksam zu machen. | <p>Zielgruppenspezifische Öffentlichkeits-, Informations- und Sensibilisierungsarbeit ist im Rahmen der täglichen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Eltern sichergestellt.</p> <p>Eine breite Auseinandersetzung mit dieser Thematik innerhalb verschiedener – teilweise nichtstaatlichen - Organisationen findet statt. Umfassende Informationen stehen für Jugendliche, Lehrpersonen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Eltern zur Verfügung.</p> | <p>Die Fachpersonen bzw. Begleit- und Bezugspersonen von Kindern verfügen über aktuelle Informationen und ihnen sind die neusten Erkenntnisse bekannt. Dazu werden auch in Zukunft spezifische (interne) Weiterbildungsmöglichkeiten für Fachpersonen gefördert und unterstützt.</p> <p>Regelmässige Sensibilisierung der Eltern wird gefördert.</p> <p>Eine regelmässige Überprüfung bestehender Massnahmen ist sichergestellt.</p> |
| Gewalt gegen Kinder (Art. 19, 24 Abs. 3, 28 Abs. 2, 34, 37a und 39 der Konvention) |  |   |  |

| N°   | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen  | Massnahmen |
|--|--|--|------------|
| <b>Verbot körperlicher Züchtigung und Förderung gewaltfreier Erziehung</b> |  |  |            |
| 39 (i)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz dringlich, jegliche Form von körperlicher Züchtigung grundsätzlich zu untersagen.  | <p>Im Rahmen der täglichen Arbeit mit den Kindern gilt in den verschiedenen städtischen Stellen und stadtnahen Organisationen gilt stets der Grundsatz der Nulltoleranz bezüglich Grenzverletzungen. Die Integrität der Kinder ist immer zu wahren.</p> <p>In den städtischen Angeboten bestehen Grundlagen zur Prävention von physischen, psychischen und sexuellen Grenzverletzungen.</p>  |            |
| 39 (ii)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, positive, gewaltlose und partizipative Erziehungs- und Disziplinierungsformen zu fördern.                                       | <p>Eine umfassende Präventions- und Sensibilisierungsarbeit zum Thema gewaltfreie Erziehung gehört zum Alltag der Beratungs-, Begleitungs- und Betreuungsarbeit der verschiedenen Fach- bzw. Dienststellen und stadtnahen Organisationen in der Stadt St.Gallen.</p> <p>Angebot des Kinderschutzzentrums stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche als auch Eltern und Fachpersonen Unterstützung erhalten (inkl. Eltern-Hotline «TATKRÄFTIG»).</p> <p>Sensibilisierung und Information durch die Kampagnen des Kinderschutzes Schweiz.</p>   |            |
| <b>Schutz des Kindes vor jeglicher Form von Gewalt</b>                     |  |  |            |
| 41 (c)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, bestehende Strukturen zu evaluieren und im nächsten Staatenbericht über die Ergebnisse und getroffenen Massnahmen zu berichten. | <p>Im Alltag der Fachpersonen ist sowohl die Prävention aber auch das Erkennen von Kinderschutzverletzungen zentral. Sie tragen dazu bei, dass das Kindeswohl geschützt wird und, wo nötig, entsprechende Massnahmen eingeleitet werden können. Durch regelmässige Weiterbildung und Sensibilisierung der Fachpersonen, welche mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, werden diese geschult und sind in der Lage allfällige Gefahren und Hinweise auf Gewalt zu erkennen.</p> <p>Informationen zu Massnahmen des präventiven Kinderschutzes bzw. zur Sensibilisierung und Schulung von Fachpersonen werden ebenfalls auf regionaler bzw. kantonomer Ebene angeboten.</p> <p>Möglichkeiten einer niederschweligen Fallberatung Kinderschutzes sind vorhanden (regionale und interdisziplinäre</p> |            |
| 41 (e)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz der genderspezifischen Dimension der Gewalt besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und ihr entgegenzuwirken.                |  |            |

| N°   | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen  | Massnahmen   |
|--|--|--|--|
|  |  | <p>Gremien) Einschätzungshilfen zum Thema Kindesschutz werden bereitgestellt.</p> <p>Grundlagendokumente bzw. Hilfen für Fachpersonen der Frühen Kindheit sind auf kantonaler Ebene in Erarbeitung (Veröffentlichung im Jahr 2021).</p> <p>Beratungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern stehen zur Verfügung (Kinderschutzzentrum).</p>  |  |
| <b>Schädliche Praktiken</b>  |  |  |  |
| 43 (a)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz eindringlich, die Präventions- und Schutzmassnahmen zur Verhinderung weiblicher Genitalverstümmelung weiterzuführen und zu intensivieren, unter anderem durch die Schulung der relevanten Berufsgruppen, Sensibilisierungsprogramme und die strafrechtliche Verfolgung von Tätern. | <p>Allgemeine Sensibilisierung und Information der betroffenen Familien finden insbesondere im Rahmen der Sexualpädagogik auf der Oberstufe statt. Die Fachpersonen der Fachstelle Sexualpädagogik stehen Lehrpersonen der städtischen Schulen unterstützend zur Verfügung.</p> <p>Information und Beratung rund um die Familienplanung, Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbruch und Sexualität ist durch die Beratungsstelle FaPla sichergestellt. Darin enthalten ist auch das Thema «Genitaleingriffe».</p> <p>Informationsmaterial steht bei der Mütter- und Väterberatung wie auch in der Jugendinformation Tipp zur Verfügung und bei Bedarf wird das Thema in der individuellen Beratung aufgenommen.</p> <p>Projekt «Anlaufstelle gegen Mädchenbeschneidung Ostschweiz» (Informationen, Nachsorge, medizinische Versorgung und psychosoziale Beratung von Mädchen und Frauen, Weiterbildungen und Informationsveranstaltungen).</p> <p>Femmes-Tische zum Thema Frauengesundheit und FMG werden seitens der Caritas St.Gallen-Appenzell in St.Gallen durchgeführt.</p> <p>Tragen zu spezialisierten Angeboten finden statt.</p> <p>Unterstützung von Informationsveranstaltungen von Migrantennetzwerken mit Fachstellen mittels Projektförderung.</p> | <p>Stärkung der Sensibilisierungsarbeit von Personen, die im direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen stehen. Die regelmässige Thematisierung der Problematik in den einzelnen Teams und den verschiedenen Fachstellen ist zu fördern.</p> <p>Bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote werden im Fachstellenverzeichnis «Leben in St.Gallen» präsentiert.</p> <p>Die Vernetzungsarbeit zwischen den verschiedenen Fachstellen zu dieser Thematik ist anzugehen.</p> |
| <b>Familiäres Umfeld und alternative Betreuung (Art. 5, 9-11, 18 Abs. 1 und 2, 20-21, 25 und 27 Abs. 4 der Konvention)</b> |  |  |  |

| N°   | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen  | Massnahmen   |
|--|--|--|--|
| Familiäres Umfeld                                |  |  |  |
| 45 (i)   | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Bestrebungen zur Unterstützung von Familien zu verstärken.  | Der Bedarf an Betreuungsplätzen in der Stadt St.Gallen kann grösstenteils abgedeckt werden. In den letzten Jahren wurden die Tagesbetreuungsangebote für kleine Kinder wie auch für Schulkinder flächendeckend ausgebaut und das Angebot der Tagesfamilien gestärkt.   |  |
| 45 (ii)  | Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, landesweit für ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen von hoher Qualität zu sorgen.   | Vermittlung von Kinderbetreuungspersonen ist durch die Fachstelle Kind und Familie (Trägerschaft Frauenzentrale) sichergestellt.<br><br>Mit den eigenen Angeboten und der Unterstützung privater Kita-Trägerschaften, des Tageselterndienstes des Vereins Pflegekinder St.Gallen sowie der Fachstelle Kind und Familie trägt die Stadt St.Gallen aktiv dazu bei, dass Eltern, die eine familienergänzende Betreuung für ihre Kinder benötigen, ein qualitativ gutes und finanziell tragbares Angebot vorfinden   |  |
| Aus der familiären Umgebung herausgelöste Kinder |  |  |  |
| 49 (d)   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, alternative Formen der Betreuung landesweit verbindlich zu regeln und zu hohen Qualitätsstandards zu verpflichten sowie sicherzustellen, dass den Heimen und den zuständigen Kinderschutzbehörden angemessene personelle, technische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen und Pflegefamilien in Erziehungsfragen systematisch geschult und unterstützt werden. | Pflegefamilien – Aufsicht/Bewilligung wird durch den Kanton St.Gallen sichergestellt (Grundlage PAVO). Unterstützung und Begleitung von Pflegefamilien ist durch regelmässige Weiterbildungen und Beratung dieser Familien sichergestellt.<br><br>Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz – Aufsicht/Bewilligung ist Aufgabe des Kantons St.Gallen. Die Qualitätssicherung erfolgt durch die Dienststelle Gesellschaftsfragen und externe Audits.<br><br>Für die Fremdplatzierungen eines Kindes durch die KESB sind Entscheidungskriterien und Prozessabläufe standardisiert.<br><br>Regelmässige Überprüfungen der Fremdplatzierungen durch die Berufsbeistandschaft finden statt – Beziehungsgestaltung, Vermittlung und Vernetzung als wichtige Arbeit.<br><br>Rückkehr in die Ursprungsfamilien – flankierende Kindeschutzmassnahmen unterstützen die Familien. Beratung | Für einen überzeugenden Kinderschutz sind sowohl bei der KESB als auch bei der Berufsbeistandschaft ausreichende Personalressourcen erforderlich.<br><br>Um eine hohe Qualität der Arbeit der KESB sicherzustellen, hat der Stadtrat mit seinem Entscheid im Jahr 2020 die personellen Ressourcen der KESB ab dem Jahr 2021 erhöht und trägt damit dazu bei, dass notwendige Verfahren und Abläufe standardisiert und entsprechend umfassend aufgeleitet werden können.<br><br>Ebenfalls hat Stadtrat zur Überprüfung der städtischen Situation der Berufsbeistandschaft eine Organisationsüberprüfung in Auftrag gegeben. |

| N°  | Empfehlung  | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen |
|---|---|---|------------|
|   |   | und Begleitung von Jugendlichen im Rahmen der (städtischen) Beratungsangebote.  |            |
| Behinderung, Gesundheit und Wohlfahrt (Art. 6, 18 Abs. 3, 23, 24, 36, 27 Abs. 1-3 und 33) |   |   |            |
| Kinder mit besonderem Förderbedarf  |   |   |            |
| 55 (d)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen in allen Kantonen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung, zu Frühförderprogrammen und zu Möglichkeiten der inklusiven Berufsbildung erhalten.  | Die Integration in der Schule und in weiteren Angeboten der Stadt St.Gallen wird umgesetzt (Integrationsvorrang), solange die Kinder vom Unterricht profitieren, der Regelklassenbesuch für das Kind geeignet, erforderlich und zumutbar ist und nicht überwiegende Interessen der Klasse oder des Umfeldes entgegenstehen. Zusätzliche Ressourcen für Lehrpersonen stehen zur Verfügung.<br><br>Nutzung der Tagesbetreuungsangebote und Angebote der Offenen Arbeit mit Kindern für Kinder mit Beeinträchtigung möglich.<br><br>Die therapeutischen Angebote der Schulgesundheit wie z.B. Logopädie und Psychomotorik stehen allen Kindern offen. Das Fördersetting einzelner Kinder wird individuell zusammen mit der Schule beurteilt.<br><br>Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in den Angeboten der Frühen Förderung wird umgesetzt.<br><br>Das Angebot KITApus stellt sicher, dass alle Kinder die Möglichkeit erhalten, wohnortnah eine Kita zu besuchen.<br><br>Ein umfassendes Netz an Fachpersonen steht zur Verfügung – sei es innerhalb der Verwaltung, aber auch in Zusammenarbeit mit externen Stellen.<br><br>Das behinderungsspezifische Beratungs- und Unterstützungsangebot des Kantons St.Gallen steht den Lehr- und Fachpersonen zur Verfügung. |            |
| 55 (e)  | Der Ausschuss empfiehlt sicherzustellen, dass Kinder mit Autismus-Spektrum-Störungen in sämtlichen Bereichen des sozialen Lebens vollständig integriert werden, einschliesslich Freizeit- und kulturelle Aktivitäten. Der Inklusionspädagogik, welche auf die Bedürfnisse dieser Kinder ausgerichtet ist, ist höhere Priorität beizumessen als behindertenspezifischen Förderschulen und Betreuungseinrichtungen.<br><br>Ausserdem sollen Früherkennungsmechanismen eingerichtet und Fachkräfte angemessen ausgebildet werden.<br><br>Ferner soll sichergestellt werden, dass diese Kinder in wissenschaftlich fundierten Frühförderprogramme aufgenommen werden. |   |            |
| Körperliche Gesundheit  |   |   |            |
| 57 (b)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, verstärkt Massnahmen gegen Übergewicht und Fettleibigkeit einzuleiten und bei Jugendlichen einen gesunden Lebensstil zu fördern, zu welchem auch körperliche Aktivität gehört  | Die Stärkung von Massnahmen gegen Übergewicht und Fettleibigkeit sowie die Förderung eines gesunden Lebensstils durch verschiedene (städtische) Angebote wird sichergestellt. Beispiele dafür sind:   |            |



| N°                           | Empfehlung  | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen |
|------------------------------|---|---|------------|
|                              |   | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Information und Beratung durch den Ostschweizer Verein für das Kind im Rahmen seiner Angebote Mütter- und Väterberatung, Mobile, PAT für Familien mit kleinen Kindern.</li> <li>– Schulärztlicher Dienst als Anlaufstelle für Schüler/innen und Lehrpersonen im Zusammenhang mit gesundheitlichen Themen. Bei Bedarf Einbezug Eltern.</li> <li>– Gesunde Pausenverpflegung in den Schulen (Elterninformationen).</li> <li>– Umsetzung des Projekts Purzelbaum in den Kindergärten, Kitas und Spielgruppen.</li> <li>– SpiKi-Elternbildungsanlässe zu den Themen Bewegung, Ernährung und Gesundheit.</li> <li>– Pilotprojekte «Familien in Bewegung» und MiniMove (Umsetzung Saison 2022/2023)</li> <li>– Kantonales Programm Kinder im Gleichgewicht»</li> <li>– Label «Fourchette verte – Ama terra» in allen städtischen Tagesbetreuungsangeboten sowie in einzelnen Kitas.</li> <li>– Regelmässige Thematisierung von Bewegung und Ernährung in den Angeboten der Offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.</li> </ul> |            |
| <b>Stillen</b>               |   |   |            |
| 59 (a)                       | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, ihre Bestrebungen zur Förderung von ausschliesslichem Stillen und anschliessendem Weiterstillen zu verstärken, indem Informationsmaterial eingesetzt wird und auf die Bedeutung des Stillens und die Risiken von Muttermilchersatzprodukten aufmerksam gemacht wird. | <p>Information, Beratung und Sensibilisierung durch den Ostschweizer Verein für das Kind (Mütter- und Väterberatung).</p> <p>Informationsmaterial steht zur Verfügung. App «mamamap» mit Stillorten.</p> <p>Stillberatung durch die Hebammen (Grundversicherung).</p> <p>Regelmässige Stilltreffs im Eltern-Kind-Zentrum Gugelhuus (Verein La Leche League).</p> <p>Beratung und Information zur Ernährung des neugeborenen Kindes durch die Fapla.</p>   |            |
| <b>Psychische Gesundheit</b> |   |   |            |

| N°  | Empfehlung  | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen  | Massnahmen |
|---|---|--|------------|
| 61c   | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz sicherzustellen, dass Kinder, Eltern, Lehrkräfte und andere Berufsgruppen, die mit oder für Kinder arbeiten, angemessene Informationen zu ADHS und ADS erhalten.  | Professionelle Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern, Kinder, Lehrkräfte und andere Berufsgruppen bestehen.<br><br>Die Rahmenbedingungen in der Schule für die Kinder werden entsprechend gestaltet, dass die Bedürfnisse gedeckt werden können.  |            |
| Besondere Schutzmassnahmen (Art. 22, 30, 32-33, 35-36, 37b-d, 38, 39 und 40 der Konvention) |   |  |            |
| Asylsuchende Kinder, Flüchtlingskinder und Sans-Papier-Kinder                               |   |  |            |
| 69 (e)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz sicherstellen, dass asylsuchende Kinder effektiv und diskriminierungsfrei Zugang zu Bildung und Berufsbildung erhalten.   | Im Fokus der städtischen Integrationsarbeit steht der Abbau von Informationshürden und die Förderung des Zugangs zu öffentlichen Angeboten/Regelstrukturen. Dies wird durch die Unterstützung verschiedener Angebote und Veranstaltungen sichergestellt (z.B. Infostelle von ARGE, Projektbeiträge, Willkommenskultur für Neuzuziehende, Aufbau Brückenbauerangebote, Informationsveranstaltungen in Muttersprachen usw.).<br><br>Die Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus dem Asylbereich ist in der Volksschule sichergestellt.<br><br>Integrationssprechstunde des Schulärztlichen Dienstes finden statt – Ziel, zugewanderte Kinder und Jugendliche gesundheitlich zu erfassen und bei Bedarf Kontakt zu Kinderärztinnen oder Kinderärzten herzustellen.<br><br>Die bestehenden städtischen Angebote der Dienststelle Kind Jugend Familie Angebote privater Trägerschaften mit Leistungsauftrag stehen allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung.<br><br>Sans-Papiers-Kinder – Das Recht auf Bildung stellt sicher, dass der Schulbesuch weitgehend möglich ist. Angebote der Frühen Förderung und Kinderbetreuung stehen dieser Zielgruppe ebenfalls zur Verfügung. Corona-Soforthilfe durch den Kanton ist bei persönlicher und finanzieller Notlage sichergestellt. |            |
| 69 (g)  | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, eine Kinderrechtspolitik und Programme zum Schutz vor sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung von Sans-Papier-Kindern zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass diese Kinder ihre Rechte, einschliesslich des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Fürsorgeleistungen, in der Praxis vollumfänglich wahrnehmen können. |  |            |
| Jugendstrafrechtspflege   |   |  |            |

| N°     | Empfehlung   | Aktuelle Umsetzung in der Stadt St.Gallen   | Massnahmen |
|--------|--|---|------------|
| 73 (c) | Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz sicherzustellen, dass alle an der Jugendstrafrechtspflege beteiligten Personen, zu denen auch Anwältinnen und Anwälte gehören, entsprechend geschult werden. | Die Aus- und Weiterbildungen der Mitarbeitenden der Stadtpolizei – insbesondere Jugendpolizei und Verkehrs- und Sicherheitsinstruktion – beinhaltet unter anderem jugendspezifische Fragenstellungen wie z.B. (Cyber-)Mobbing, Sexting, Drogenproblematik, Waffendelikte, Gewaltprävention, Verkehrssicherheit usw. |            |